

Ihre Gesprächspartner/-in:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Dennis Tamesberger

Dr.ⁱⁿ Eva Zeglovits

Präsident der AK Oberösterreich

Leiter Team Sozialpolitik der AK Oberösterreich

Geschäftsführerin von IFES

Der Österreichische Arbeitsklima Index

**Mut und Förderung statt Angst und Sanktionierung:
AK fordert wirkungsvolle Maßnahmen
gegen Langzeitarbeitslosigkeit und Armut**

Pressekonferenz

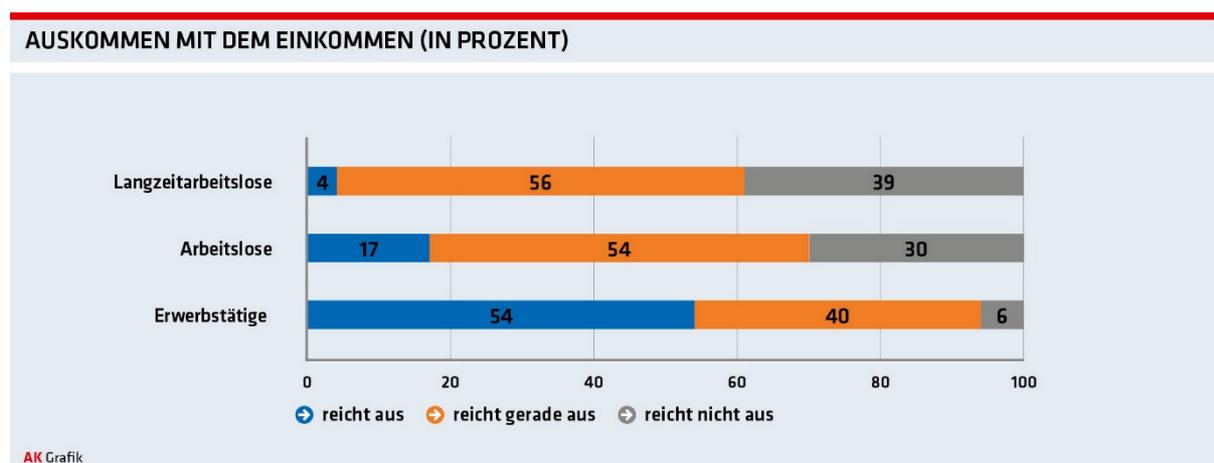
am 18. November 2021, 10 Uhr

Die Arbeitslosenversicherung ist eine Errungenschaft, die zur sozialen Absicherung der Arbeitnehmer/-innen beiträgt. Seit einiger Zeit rütteln Wirtschaftsvertreter an diesem gesellschaftlichen Grundkonsens – sie rufen nach Reformen und meinen damit die Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes, rigorose Sanktionen gegen Arbeitslose sowie eine Beschränkung des Zuverdienstes zum Arbeitslosengeld. Eine aktuelle Sonderauswertung des Arbeitsklima Index zeigt, dass genau das Gegenteil dringend nötig wäre, nämlich der Ausbau von sozialen Schutzmechanismen in der Arbeitslosenversicherung.

Eine Reform der Arbeitslosenversicherung muss die Bedürfnisse und Interessen der Versicherten berücksichtigen. Diese kommen in der Reformdebatte von Arbeitsminister Kocher nicht vor. Aus diesem Grund hat die AK Oberösterreich zum zweiten Mal eine Sonderauswertung des Arbeitsklima Index in Auftrag gegeben, um die Problemlagen arbeitsloser Menschen aufzuzeigen. Das Institut für Empirische Sozialforschung (IFES) hat dafür zwischen dem 1. Quartal 2020 und dem 3. Quartal 2021 8.790 Personen, davon 730 Arbeitslose, befragt.

Arbeitslosengeld reicht bei vielen nicht zum Leben

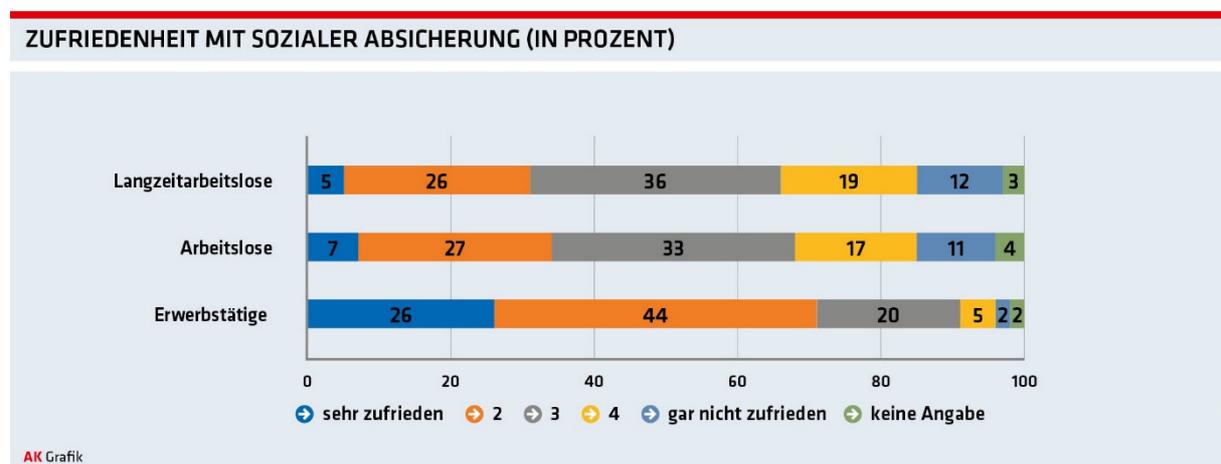
Während sechs Prozent der Erwerbstätigen angeben, mit dem verfügbaren Einkommen nicht auszukommen, sagen 30 Prozent der Arbeitslosen und sogar 39 Prozent der Langzeitarbeitslosen, dass sie mit ihrem Einkommen, dem Arbeitslosengeld, nicht auskommen.



Quelle: Arbeitsklima Index

Mit einer Nettoersatzrate von 55 Prozent des im (vor)letzten Jahres bezogenen Entgelts ist das Arbeitslosengeld in Österreich viel zu niedrig. Mit der im Anschluss an das Arbeitslosengeld zustehenden Notstandshilfe sinkt die Versicherungsleistung degressiv auf ein noch niedrigeres Niveau. Nur zwischen Jänner und September 2021 wurde diese vorübergehend auf die Höhe des Arbeitslosengeldes angehoben.

Viele Arbeitslose sind daher von Armut bedroht. Das zeigt sich auch an ihrer Zufriedenheit mit der sozialen Absicherung: Während 70 Prozent der Erwerbstätigen mit ihrer sozialen Absicherung sehr zufrieden bzw. zufrieden sind, sind es bei den Arbeitslosen nur 34 Prozent und bei den Langzeitarbeitslosen 31 Prozent.

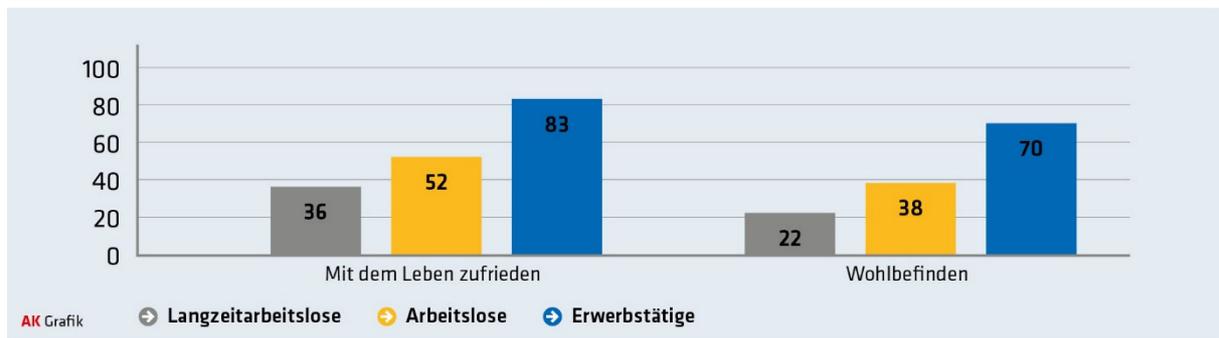


Quelle: Arbeitsklima Index

Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden leiden

Arbeitslosigkeit macht aber nicht nur arm, sondern auch unzufrieden. Während bei den Erwerbstätigen 83 Prozent mit dem Leben zufrieden sind und 70 Prozent ihr Wohlbefinden als (sehr) gut bewerten, sind es bei den Arbeitslosen nur 52 Prozent, die mit ihrem Leben zufrieden sind, und 38 Prozent, die sich wohlfühlen. Bei den Langzeitarbeitslosen sind gar nur 36 Prozent mit ihrem Leben und 22 Prozent mit ihrem Wohlbefinden zufrieden.

LEBENSZUFRIEDENHEIT UND WOHLBEFINDEN (IN PROZENT)



Quelle: Arbeitsklima Index

Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit schwindet auch der Optimismus. Während eine deutliche Mehrheit (58 Prozent) der Erwerbstätigen trotz Corona-Krise optimistisch in die wirtschaftliche Zukunft Österreichs blickt, sind es bei Arbeitslosen um 17 und bei Langzeitarbeitslosen sogar um 25 Prozentpunkte weniger.

OPTIMISMUS FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT ÖSTERREICHS (IN PROZENT)

	sehr optimistisch	eher optimistisch	eher pessimistisch	sehr pessimistisch	keine Angabe
Langzeit-arbeitslose	3	30	50	10	6
Arbeitslose	4	37	44	10	5
Erwerbstätige	7	51	32	7	3

Quelle: Arbeitsklima Index

Schlechtere gesundheitliche Verfassung

Der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Arbeitslosigkeit ist ein Teufelskreis. Zum einem haben Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Zum anderen führt Arbeitslosigkeit – vor allem wenn sie länger andauert – oftmals zu gesundheitlichen Problemen.

13 Prozent der Arbeitslosen schätzen die eigene gesundheitliche Verfassung als schlecht bis sehr schlecht ein. Mit langer Dauer der Arbeitslosigkeit verdoppelt sich dieser Anteil. Von den Erwerbstätigen sagen nur vier Prozent von sich, eine

schlechte gesundheitliche Verfassung zu haben. Arbeitslose klagen deutlich häufiger über Kopfschmerzen und Migräne, Schlafstörungen, Nervosität oder hohen Blutdruck.

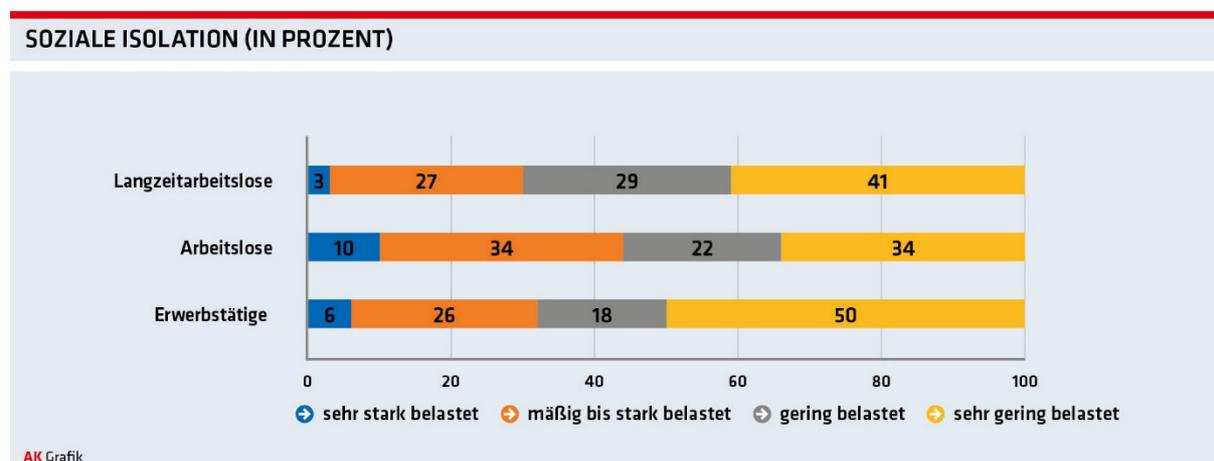
Starke psychische Belastungen

Arbeitslose sind auch starken psychischen Belastungen ausgesetzt: 14 Prozent der Arbeitslosen geben an, häufig bis sehr häufig unter Angst- und Beunruhigungszuständen zu leiden. Bei den Erwerbstätigen sind es sieben Prozent, bei Langzeitarbeitslosen 19 Prozent.

Auffällig hoch ist auch der Anstieg von Depressivität mit zunehmender Arbeitslosigkeitsdauer. Während fünf Prozent der Erwerbstätigen stark von Depressivität belastet sind, sind es bei Arbeitslosen elf und bei Langzeitarbeitslosen 15 Prozent.

Arbeitswelt ist ein Ort der sozialen Integration

Zehn Prozent der Arbeitslosen sind von sozialer Isolation stark belastet, was zeigt, dass die Arbeitswelt nach wie vor ein Ort der sozialen Integration ist. Der Verlust der Arbeit und der damit einhergehende Rückgang an sozialer Einbindung lösen gerade zu Beginn der Arbeitslosigkeit eine Stresssituation mit sehr hohen Belastungen und Ängsten aus, da bestehende soziale Beziehungen abrupt gekappt werden. Nach diesem ersten Schock über den Verlust der sozialen Integration gewöhnen sich Betroffene mit der Zeit an die schwierige Situation. Daher fühlen sich Langzeitarbeitslose weniger durch Isolation belastet, sie kompensieren den Verlust der sozialen Funktionen von Arbeit mit anderen sozialen Aktivitäten.



Quelle: Arbeitsklima Index

Zentrale Herausforderung Langzeitarbeitslosigkeit

Die österreichische Bundesregierung unternimmt viel zu wenig gegen Langzeitarbeitslosigkeit und hat das Problem daher nach wie vor nicht im Griff. Im Oktober hatten in Österreich 114.640 Menschen seit über einem Jahr kein längeres Dienstverhältnis und waren beim AMS vorgemerkt. Der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an allen Arbeitslosen hat seit 2008 von 15 auf 42,5 Prozent zugenommen. Umso dramatischer sind die vorliegenden Ergebnisse: Die Versäumnisse der Bundesregierung im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit und die Verweigerung, das Arbeitslosengeld zu erhöhen, führen unmittelbar zu mehr Armut in Österreich.

Bisherige Ankündigungen ungeeignet und kontraproduktiv

Die Vorschläge von Arbeitsminister Kocher und AMS-Chef Kopf, das Arbeitslosengeld degressiv zu gestalten, den Zuverdienst einzuschränken und AMS-Sanktionen rigoroser zu vollziehen, sind nicht geeignet, die aufgezeigten Probleme zu lösen.

- Ein degressives Arbeitslosengeld löst keine Probleme, schafft keine Jobs, bringt kaum Einsparung und erhöht die Armut von Langzeitarbeitslosen. Dass es Arbeitslose motiviert, sich in der Jobsuche stärker zu engagieren, unterstellt Arbeitslosen pauschale Arbeitsunwilligkeit. Aktuelle Studien liefern dafür kaum Belege. Im Gegenteil: Eine schwedische Studie kommt zum Ergebnis, dass das Arbeitslosengeld mit der Dauer der Arbeitslosigkeit steigen sollte, weil sonst der Konsum einbricht.
- Wenn Arbeitslose weniger dazuverdienen dürfen, führt das viele Familien direkt in die Armut. Derzeit haben rund 34.000 Arbeitslose eine geringfügige Beschäftigung, rund 40 Prozent von ihnen haben Kinder unter 15 Jahren zu versorgen. Die erhoffte Wirkung, dass Arbeitslose eher wieder einen Job suchen, wenn sie nicht dazuverdienen dürfen, ist wenig begründet. Eine alte WIFO-Studie (2008-2010) zeigt zwar, dass Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung in Summe länger arbeitslos sind. Das gilt aber nicht für Langzeitarbeitslose – bei ihnen erhöht die geringfügige Beschäftigung signifikant die Wiedereingliederungschancen. Zudem gibt es heute dreimal so viele Langzeitarbeitslose als zum Zeitpunkt der Studie.

- Rigorose AMS-Sanktionen schaffen keine neue Arbeit, sondern erhöhen den Druck auf arbeitslose Menschen, rasch eine Arbeit anzunehmen. Verdienst oder Bildungsniveau spielen hier keine Rolle. Vielmehr sollen Arbeitslose gezwungen werden, österreichweit jegliche Arbeit, jederzeit, zu jedem Preis anzunehmen. Dadurch wird die Etablierung eines Niedriglohnsektors gefördert und der Versicherungsschutz von Arbeitnehmer/-innen untergraben. Das WIFO zeigt in einer Untersuchung, dass Sanktionen nicht die Beschäftigungsintegration von Arbeitslosen verbessert, sondern vermehrt den kompletten Rückzug aus dem Arbeitsmarkt verursachen würde. Eine kürzlich veröffentlichte Studie aus Großbritannien zeigt weiters, dass mehr Sanktionen bei Arbeitslosen zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen, somit das Arbeitskräftepotenzial verkleinern und zu höheren öffentlichen Ausgaben führen.

AK für eine menschenwürdige Reform der Arbeitslosenversicherung

Die Ergebnisse des Arbeitsklima Index zeigen, dass eine Reform der Arbeitslosenversicherung in Österreich vor allem die Existenzsicherung verbessern und das Arbeitslosengeld armutsfest machen muss. Das AMS muss eine nachhaltige Vermittlung unterstützen, die Kompetenzen der Betroffenen nutzen und Einkommensverluste sowie eine Vermittlung in Niedriglohnsektoren verhindern.

Arbeitsuchende sind keine Waren, die von A nach B verschoben werden können. Ihre Interessen müssen vom AMS genauso berücksichtigt werden wie jene der Betriebe. Statt Druck aufzubauen und Angst zu erzeugen, müssen die Menschen in die Lage versetzt werden, Veränderungsprozesse aktiv zu bewältigen.

Der Umgang mit Arbeitsuchenden muss würdevoller und menschlicher gestaltet werden. Das AMS hat als erste Ansprechstation für Arbeitsuchende eine wichtige Funktion, um den negativen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. AMS-Berater/-innen benötigen deutlich mehr Zeit für individuell abgestimmte Betreuungsprozesse. Neben genügend Ressourcen braucht es auch den Auftrag, auf die Bedürfnisse der Arbeitsuchenden gezielt einzugehen und auf deren gesundheitliches Wohlbefinden zu achten, anstatt sie in wenigen Minuten abzuwickeln.

Der Klimawandel wird zu Veränderungen unseres Wirtschaftssystems führen. Es braucht eine neue Arbeitsmarktpolitik: Mut und Förderung statt Angst und Sanktionierung. Das wird Arbeitsuchende positiver in die Zukunft blicken lassen, den negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit entgegenwirken und die Zufriedenheit mit der sozialen Absicherung in einem der reichsten Länder der Welt steigern.

AK-Forderungen

- Das Arbeitslosengeld muss armutsfest gestaltet werden:
Anhebung der Nettoersatzrate auf mindestens 70 Prozent; stufenweiser Plan bei der Vermittlung von zumutbaren Beschäftigungsangeboten anstatt sofortiger gänzlicher Streichung der AMS-Leistung; Erhöhung des Familienzuschlages von 0,97 Cent auf 2 Euro täglich; Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes
- Stärkung der Rechte der Versicherten:
Ausbau des Berufsschutzes und des Entgeltsschutzes; Vermittlung ausschließlich in existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse (z.B. durch einen Mindestlohn von 1.700 Euro brutto bei Vollzeit); keine Stellenzuweisung in Betriebe, in denen es systematische Arbeitsrechtsverletzungen und/oder Anzeigen durch das Arbeitsinspektorat gibt; Abschaffung der vierwöchigen Wartezeit bei Selbstkündigung
- Rechtsanspruch auf eine sozial gut abgesicherte, persönlich geeignete und am Arbeitsmarkt auch zukünftig verwertbare Aus- und Weiterbildung
- Einführung einer Jobgarantie auf Bundesebene, die allen älteren Langzeitarbeitslosen über 45 Jahren einen Job im öffentlichen oder gemeinnützigen Sektor anbietet
- mehr AMS-Personal: Der Bedarf liegt bei rund 650 zusätzlichen Planstellen.
- Manche Unternehmen, insbesondere in der Leiharbeitsbranche, kündigen bei Auftragsschwankungen ihre Mitarbeiter/-innen und stellen sie kurz danach wieder ein. Um gegen diese systematische Praxis des Zwischenparkens beim AMS wirkungsvoll vorzugehen, sollen Betriebe nach der Beendigung der Beschäftigung das Arbeitslosengeld im ersten Monat selbst übernehmen müssen.